

de LaChevallerie, Oskar

Article — Digitized Version

Unternehmensgewinne in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung: Eine ergänzende Analyse

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: de LaChevallerie, Oskar (1993) : Unternehmensgewinne in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung: Eine ergänzende Analyse, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 0340-1707, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 62, Iss. 3/4, pp. 204-221

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/141039>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Unternehmensgewinne in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Eine ergänzende Analyse

von Oskar de la Chevallerie

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) des Statistischen Bundesamtes ist im Laufe der Jahre erheblich erweitert und verbessert worden. Doch ein altes „Ärgernis“ wurde nicht beseitigt: Die verzerrte Darstellung von Entwicklung und Struktur der Unternehmensgewinne. Nach wie vor werden für die Produktionsunternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit unverteilte Gewinne angegeben, die niedriger als die geleisteten laufenden Übertragungen sind, und die entsprechenden Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit erreichen Negativbeträge von über 60 Mrd. DM. Damit wird zwar ein Extremwert aufgegriffen, der aber nicht als „Ausreißer“ einzustufen ist. Vielmehr verläuft die Entwicklung von etwa +20 Mrd. DM Anfang der 60er Jahre auf -50 Mrd. DM in der ersten Hälfte der 80er Jahre. 1988 und 1990 ist der Minusbetrag klein, doch 1991/92 werden wiederum nicht-entnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit von 60 Mrd. DM errechnet. Dieser völlig plausible Verlauf ist in erster Linie auf ungeeignete definitorische Festlegungen zurückzuführen.

1. Methodische Anmerkungen zur Verbuchung der Gewinne

Es geht dabei um drei Aspekte:

- Die staatlichen Investitionszuschüsse und andere „Vermögensübertragungen“.
- Die Finanzierung von Wohnbauten.
- Die Bewertung von Vorratsveränderungen und Abschreibungen.

Im folgenden sollen diese Aspekte näher untersucht werden.

1.1 Verbuchung von Übertragungen an Unternehmen

Generell wird in den „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 18, Reihe 1.3) zwischen laufenden Übertragungen und Vermögensübertragungen unterschieden. Diese Untergliederung ist häufig recht formalistisch und das Kontensystem

wird dadurch kompliziert. Vor allem aber tangiert dieses Konzept Niveau und Struktur der Gewinne erheblich.

„Als Vermögensübertragungen werden alle Geldleistungen ohne spezielle Gegenleistung angesehen, die zumindest für eine der beteiligten Wirtschaftseinheiten eine unmittelbare Vermögenszu- oder Vermögensabnahme darstellen. Ausschlaggebend ist im allgemeinen, wie die jeweils kleinere Wirtschaftseinheit den Vorgang wirtschaftlich beurteilt, z.B. die Unternehmen oder privaten Haushalte, wenn der Partner der Staat ist. Die Vermögensübertragungen werden untergliedert nach Investitionszuschüssen und sonstigen Vermögensübertragungen. Zu den letzteren zählen auch die sogenannten fiktiven Vermögensübertragungen...“¹.

Maßgeblich sind also zwei völlig unterschiedliche Kriterien:

1. Die Beurteilung von Zahlungen aus der Sicht der jeweils kleineren wirtschaftlichen Einheit.
2. Die methodisch bedingten Übertragungen. Hier geht es insbesondere um die Verbuchung der Finanzierungsmittel an den Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung: Die Zusammenfassung von Wohnungsbauminvestitionen und Wohnungsbaukrediten zu diesem Wirtschaftsbereich bedingt, daß Eigenmittel und Tilgungen der Investoren außerhalb des Bereichs als Übertragungen gebucht werden müssen.

„Unter Subventionen versteht man in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Zuschüsse, die der Staat im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik an Unternehmen für laufende Produktionszwecke gewährt, sei es zur Beeinflussung der Marktpreise oder zur Stützung von Produktion und Einkommen“².

Angesprochen werden ebenfalls zwei Kriterien:

1. Die Beeinflussung der Marktpreise, im Rahmen der EG-Agrarmarkordnung führt dies z.B. zu hohen Zahlungen an den Großhandel.

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Textteil 2.4.4.3.

² Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Textteil 2.4.2.4.

2. Die staatlichen Zuschüsse an Unternehmen zur Stützung von Produktion und Einkommen.

Auf die methodisch bedingten Vermögensübertragungen wird im folgenden Abschnitt „Finanzierung von Wohnbauten“ näher eingegangen. Bei den anderen Übertragungen stellt sich nicht die Frage, ob man sie nach verschiedenen Kriterien gliedern soll, sondern wie man sie am sinnvollsten in die VGR einbezieht.

Das entstandene Einkommen zu Marktpreisen gliedert sich in:

Indirekte Steuern,
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Erhalten Unternehmen Zuschüsse lediglich in Form von Ausgleichszahlungen (wie insbesondere der Großhandel), so werden in der VGR indirekte Steuern und Subventionen saldiert, um das erzielte Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zutreffend abzuleiten. Allerdings kaschiert diese Saldierung Verluste bei Unternehmen, die ohne staatliche Stützung am Markt nicht bestehen könnten. Seit einigen Jahren werden Produktionssteuern und Subventionen in tiefer Untergliederung vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht, so daß eine weit bessere Information möglich ist³.

Es bleibt die Frage: Warum werden die anderen und ebenfalls großen Zuschüsse als Vermögensübertragungen in der VGR gebucht? Auch die als Subventionen eingestuften Zuschüsse dürften in erheblichem Umfang vermögenswirksam sein, da notleidende Unternehmen in erster Linie zu wenig Eigenmittel für die Investitionsfinanzierung haben. Umgekehrt garantiert die Zweckbindung von Investitionszuschüssen nicht, daß Unternehmen zusätzlich investieren (Mitnahmeeffekt).

Selbst wenn man unterstellt, daß Investitionszuschüsse voll vermögenswirksam sind, darf daraus nicht der Umkehrschluß gezogen werden, daß andere Zuschüsse nicht vermögenswirksam sind. Darauf aber läuft die Zweiteilung der Zuschüsse in der VGR hinaus. Formal kann entgegnet werden, daß mit der Vorgabe Investitionszuschuß = Vermögensübertragung keine Aussage über die übrige Vermögensbildung getroffen wird. Doch welchen Informationsgehalt hat eine fiktive Rechnung, die z.B. von konkreten Finanzierungssalden ausgeht, bestimmte Beträge absetzt und dann darstellt, wie sich das Kontensystem ohne diese Beträge zusammenfügt?

Zudem ist sehr ungewiß, wie die zitierte „jeweils kleinere wirtschaftliche Einheit“ eine Zahlung tatsächlich beurteilt und wie sich diese auf seine Vermögensbildung auswirkt. Eindeutig ist nur, daß eine fiktive staatliche Ersparnis konstruiert werden muß, um buchungstechnisch Vermögen übertragen zu können. Derartige Konstruktionen ohne Informationsgehalt würden wegfallen, wenn alle staatlichen Zuschüsse zusammengefaßt werden und nachrichtlich u.a. über Investitionszuschüsse berichtet wird.

1.2 Finanzierung von Wohnbauten

Die Finanzierung von Wohnbauten muß zu einem großen Teil fiktiv auf den Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung übertragen werden. Dies gilt für alle Investoren, die nicht zu den Unternehmen zählen, die im Schwerpunkt Wohnungen vermieten. Abgesehen von statistischen Schwächen verzerren die Vermögensübertragungen die Gewinnstruktur erheblich, weil die Finanzierungsmittel (Eigenmittel und Tilgungen der Investoren) nicht um Abschreibungen gekürzt werden. Entsprechend ergeben sich überhöhte Entnahmen und stark negative unverteilte Gewinne⁴. In den hier vorgelegten Berechnungen dominieren analytische Ansätze unter der plausiblen Vorgabe, daß an den Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung nicht mehr Vermögen übertragen werden kann, als dort rechnerisch gebildet wurde. Darauf wird noch näher eingegangen.

1.3 Bewertung von Vorratsveränderungen und Abschreibungen

Hier geht es um die Frage, ob reale und nominale Sozialproduktrechnung konsequent getrennt, oder über die reale Sachvermögensrechnung verknüpft werden sollen. Aus der Verknüpfung ergeben sich die „Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen“ und die Bereinigung der Vorratsveränderungen um „Scheingewinne“. Zugrunde liegt die leistungsorientierte Sachvermögensrechnung, die nur einen Sinn ergibt, wenn Preissteigerungen so gut wie möglich ausgeklammert werden⁵. Die Ergebnisse der realen Bestandsrechnung veröffentlicht das Statistische Bundesamt auch für Nominalwerte auf dem jeweiligen Preisniveau (Anlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen). Daneben wird das Anlagevermögen zu Anschaffungspreisen berechnet und veröffentlicht, also das Vermögen aus der Summierung der tatsächlichen Investitionsausgaben.

Die beiden Rechnungen unterscheiden sich in Abhängigkeit von der Preissteigerungsrate und der Lebensdauer der Investitionen. So war Anfang 1990 das auf Wiederbeschaffungspreise hochgerechnete Anlagevermögen im Vergleich mit den Nominalwerten zu Anschaffungspreisen bei Ausrüstungen etwa 20 vH größer, bei Bauten sogar fast doppelt so groß. Entsprechend differieren die eigentlichen Abschreibungen im Sinne der Periodisierung des Investitionsaufwands und die hochgerechneten Ergebnisse zusätzlich Preiskomponente. Als Einkommen wird in der VGR

³ Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Tabelle 3.1.3.

⁴ Vgl. Klaus Schüler, Veronika Spies: „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ in *Wirtschaft und Statistik* 10/1991.

⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Tabelle 3.6.

„nur angesehen, was nach Erhaltung des 'realen' Vermögensbestandes übrigbleibt“⁶. Damit enthält die nominale Einkommensrechnung nicht nur eine Preiskomponente (partielle Preisbereinigung der Gewinne), sondern sie geht nicht mehr auf, wenn Preissteigerungen zu höheren Zinssätzen und höheren Ersparnissen der privaten Haushalte führen. Dann entstehen Vermögenseinkommen, die zum Teil bei den Investoren zuvor abgeschrieben wurden und sich zwangsläufig in negativen unverteilt Gewinnen niederschlagen. In der Grundtendenz ist die Entwicklung tatsächlich so verlaufen: Bei steigender Sparquote der Arbeitnehmer reduzierte die größer werdende Preiskomponente der Abschreibungen die rechnerische Vermögensbildung der Unternehmen.

2. Vorschläge für eine verbesserte Gewinnrechnung

Wie die Gewinnrechnung unter den genannten drei Aspekten variabel zu gestalten ist, sei an Ergebnissen für das Jahr 1981 gezeigt.

In der folgenden Tabelle werden zunächst die verschiedenen Ableitungen und Ergebnisse für die Produktionsunternehmen (Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungen) im Überblick dargestellt:

- A Die Gewinnableitung des Statistischen Bundesamtes (Ausgangsdaten).
- B Ergebnisse nach der Umstellung im Bereich der Vermögensübertragungen (modifizierte Ausgangsdaten) und
- C Ergebnisse nach Einbeziehung von Bewertungsdifferenzen bei Vorratsveränderungen und Abschreibungen in die modifizierten Ausgangsdaten.

Gewinne der Produktionsunternehmen 1981
in Mrd. DM

	A	B	C
Unternehmensgewinne insgesamt	186	208	266
davon:			
Entnahmen privater Haushalte	222	197	211
Direkte Steuern u.a. der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit	16	26	26
Nichtentnommene Gewinne nach der Umverteilung (Ersparnis)	-52	-15	29
+ Vermögensübertragungen (Saldo)	43	6	20
= Vermögensbildung	-9	-9	49

Die hier verwendeten Ausgangsdaten beziehen sich nicht auf das insgesamt entstandene Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, sondern nur auf die Unternehmensgewinne der Produktionsunternehmen. Diese Abgrenzung wurde gewählt, weil sich Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen schlecht in das „Umsatz-

konzept“ der Sozialproduktrechnung einfügen und die Vermögenseinkommen unabhängig von der „Wertschöpfung“ berechnet werden. Für die Kreditinstitute veröffentlicht das Statistische Bundesamt zwar Produktionswerte einschließlich der Erträge aus der Zinsspanne (unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen aus empfangenen abzüglich geleisteten Zinsen)⁷; sie werden aber nicht als Verkäufe an Unternehmen und Haushalte einbezogen. Vielmehr beschränkt sich die „Umsatzrechnung“ auf Gebühreneinnahmen u.a. mit der Konsequenz, daß die entstandenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der Kreditinstitute stark negativ sind. Für die Versicherungsunternehmen verbleiben zwar positive Beiträge, doch die Gewinne resultieren hier zum großen Teil ebenfalls aus Vermögenseinkommen.

Aus dem Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der Produktionsunternehmen leiten sich die Unternehmensgewinne wie folgt ab:

Produktionsunternehmen 1981
in Mrd. DM⁸

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	305,56
+ empfangene Vermögenseinkommen	32,22
— geleistete Vermögenseinkommen	150,92
— geleistete Einkommen aus Unternehmertätigkeit	0,51
= Unternehmensgewinn	186,35

In der VGR werden die Unternehmensgewinne nach zwei Kriterien aufgeteilt:

- institutionell auf Unternehmen mit eigener und ohne eigene Rechtspersönlichkeit und
- funktional auf Entnahmen privater Haushalte und nichtentnommene Gewinne der Unternehmen.

Die Produktionsunternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit erzielten 1981 Unternehmensgewinne in Höhe von 24,30 Mrd. DM, davon entfielen 15,71 Mrd. DM auf die empfangenen abzüglich geleisteten Übertragungen und 8,59 Mrd. DM auf die Ersparnis (nichtentnommene Gewinne)⁹.

Für die Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit verbleiben also institutionell 162,05 Mrd. DM Unternehmensgewinne. Funktional jedoch leiten sich aus dem Einkommenskonto der privaten Haushalte 222,58 Mrd. DM ab:

⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Textteil 2.4.2.2.

⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Tabelle 3.1.10.

⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Tabelle 3.3.1.

⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Tabelle 3.3.5.

Einkommen der privaten Haushalte 1981
in Mrd. DM¹⁰

Verbrauch	883,52
Ersparnis	138,90
Geleistete Übertragungen	447,42
Einkommen brutto	1 469,84
davon:	
Empfangene Übertragungen	269,69
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	905,98
Vermögenseinkommen (Saldo)	71,59
Entnahmen (= Rest)	222,58

Aus der Differenz zwischen Entnahmen und Unternehmensgewinn (-61 Mrd. DM) und der Ersparnis der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (+9 Mrd. DM) ergeben sich in Rechnung A die nichtentnommenen Gewinne von -52 Mrd. DM.

Eigentlich sind es sogar -62 Mrd. DM, denn in den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes werden die Pensionsrückstellungen („Nettozuführungen zu Rückstellungen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung“) aus buchungstechnischen Gründen mit den geleisteten Übertragungen der Unternehmen saldiert. In der Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank zählen die Rückstellungen als Ansprüche der Arbeitnehmer unmittelbar zur Ersparnis in der privaten Haushalte¹¹. Besser wäre es, diese logisch konsequentere Ableitung auch in der VGR zu übernehmen.

Dann stehen sich bei den Ausgangsdaten — also noch krasser — 62 Mrd. DM „Verluste“ der Unternehmen und 53 Mrd. DM „Verlustdeckung“ in Form von Vermögensübertragungen gegenüber:

Vermögensübertragungen 1981¹²
in Mrd. DM

Saldo Vermögensübertragungen	43,04
+ Pensionsrückstellungen	9,47
= übrige Vermögensübertragungen	52,51
davon: Saldo Staat	16,20
Einnahmen (Investitionszuschüsse u.a.)	21,22
Ausgaben (hauptsächlich Anliegerbeiträge)	5,02
davon: Einnahmen Wohnungsvermietung	36,31
von privaten Haushalten	35,71
von Versicherungsunternehmen	0,60

Einschließlich der staatlichen Wohnungsbaufinanzierung erhielt der Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung 1981 rechnerisch rund 38 Mrd. DM Vermögensübertragungen, während die Vermögensbildung nur 3 Mrd. DM betrug, 57,9 Mrd. DM Nettoinvestition und 54,4 Mrd. DM Finanzierungsdefizit¹³.

Somit leiten sich aus Vermögensbildung abzüglich Vermögensübertragungen negative nichtentnommene Ge-

winne ab, für die es in dieser Höhe keine plausible Erklärung gibt.

In der modifizierten Rechnung B wurde von 9 Mrd. DM Vermögensbildung ausgegangen und unterstellt, daß auf Vermögensübertragungen 6 Mrd. DM entfallen. Mit dieser Vorgabe verringern sich die nichtentnommenen Gewinne unmittelbar auf -15 Mrd. DM.

Als Vermögensübertragungen werden nur die methodisch bedingten Übertragungen an den Bereich Wohnungsvermietung behandelt. Der unterstellte Betrag von 6 Mrd. DM, der sich aus eigenen Berechnungen ableitet, ist weit kleiner als die Vorgabe in Rechnung A. Bezogen auf die Vermögensübertragungen privater Haushalte im Eigenheimbereich (36 Mrd. DM) beträgt die Differenz 30 Mrd. DM. Entsprechend verringert sich in Rechnung B die Ersparnis privater Haushalte und — auf der Einnahmeseite — der Restposten Entnahmen.

Weitere 10 Mrd. DM Differenz entfallen auf die Pensionsrückstellungen, die nicht — wie in Rechnung A — mit den geleisteten laufenden Übertragungen saldiert werden. Für die Produktionsunternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit ergeben sich ungekürzt Übertragungen von 24 Mrd. DM¹⁴ und 26 Mrd. DM einschließlich eines Schätzbetrages für Anliegerbeiträge. Die restlichen Anliegerbeiträge (3 Mrd. DM) und Pensionsrückstellungen (2 Mrd. DM) erhöhen in Rechnung B die Entnahmen, die damit per Saldo um 25 Mrd. DM niedriger sind als in Rechnung A. Insgesamt stehen sich folgende Beträge gegenüber (in Mrd. DM):

Saldo Vermögensübertragungen Rechnung A	43
davon:	
Ersparnis privater Haushalte	20
Eigenheimfinanzierung	30
Pensionsrückstellungen	-10
Anliegerbeiträge u.a.	-5
Ergebnis Rechnung B	28
davon:	
Vermögensübertragungen	6
Investitionszuschüsse u.a.	22

Die Investitionszuschüsse werden in Rechnung B wie die Subventionen mit den indirekten Steuern saldiert. Diese Zusammenfassung erhöht die Unternehmensge-

¹⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Tabelle 3.4.18.

¹¹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Tabelle 2.4.6, Fußnote 1.

¹² Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Tabelle 3.4.6.

¹³ Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Tabelle 3.4.2.

¹⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Tabelle 3.3.4.

winne von 186,4 Mrd. DM auf rund 208 Mrd. DM. Vom größeren Gewinn entfällt ein deutlich kleinerer Teil auf Entnahmen privater Haushalte. Formal betrachtet verbessern also die Umstellungen in Rechnung B die Gewinnstruktur.

Inhaltlich geht es darum, daß die nichtentnommenen Gewinne in der VGR als Ersparnis der Unternehmen definiert sind. Wenn sich aber -9 Mrd. DM Vermögensbildung ableiten, dann sollten daraus nicht in einer dubiosen „Rückrechnung“ -52 Mrd. DM nichtentnommene Gewinne konstruiert werden. Vielmehr weisen die negativen Abschlüsse darauf hin, daß die Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen gar nicht erwirtschaftet werden. Geht man von degressiven Abschreibungen bzw. linearen Abschreibungen für Wohnbauten aus und kürzt die Erträge nicht um Scheingewinne bei der Vorratsveränderung, so beträgt die Vermögensbildung im Jahre 1981 nicht -9 Mrd. DM, sondern +49 Mrd. DM (Rechnung C). Der Unterschied ergibt sich (in Mrd. DM) aus:

Scheingewinnbereinigung der Vorratsveränderung	20
Degressive Abschreibung der Ausrüstungen	7
Degressive Abschreibungen der Bauten ohne Wohnungen	8
Lineare Abschreibung der Wohnungsbauinvestitionen	23
Insgesamt	58

Preissteigerungen von reichlich 7 vH führten 1981 bei Vorratsbeständen von rund 400 Mrd. DM zu hohen Scheingewinnen (29 Mrd. DM). Sie wurden von der nominalen Bestandsveränderung abgesetzt, weil sie — leistungsorientiert — nicht zur nominalen Wertschöpfung im Jahre 1981 zählen. Da die Wertschöpfung 1980 und 1982 ebenfalls um hohe Scheingewinne (jeweils 20 Mrd. DM) gekürzt wurde, fielen allein in den Jahren 1980 bis 1982 rund 70 Mrd. aus der Sozialproduktrechnung raus. Deshalb sollte man nicht kürzen, sondern kenntlich machen, welcher Teil der Vorratsveränderung der Vorperiode zuzurechnen ist. In diesem Sinne wurden hier 20 Mrd. DM in Rechnung C einbezogen.

Die Abschreibung der Anlageinvestitionen zu Wiederbeschaffungspreisen entspricht methodisch der Scheingewinnbereinigung; über die Anhebung der realen Beträge auf das jeweilige Preisniveau wird weit mehr abgeschrieben als tatsächlich investiert worden ist. Bei den Ausrüstungsinvestitionen allerdings kommt — auf längere Sicht — die lineare Abschreibung zu Wiederbeschaffungspreisen der degressiven Abschreibung zu Anschaffungspreisen nahe. Im Rezessionsjahr 1981 betrug der rechnerische Unterschied etwa 7 Mrd. DM, weil starke Preissteigerungen die Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen sprunghaft erhöhten. Eine ähnliche Differenz ergab sich bei den Bauinvestitionen ohne Wohnungsbau. Weit größer war aber der Unterschied bei den Wohnbauten (23 Mrd. DM).

Danach berechnen sich für den Bereich Wohnungsvermietung nicht nur 14 Mrd. DM Unternehmensgewinne (Ausgangsdaten), sondern 37 Mrd. DM. Die Anhebung der Entnahmen in Rechnung C um 14 Mrd. DM gegenüber Rechnung B wurde für den Bereich Wohnungsvermietung abgeleitet. Dieser Betrag ist ebenso wie die 20 Mrd. DM Vermögensübertragungen in Rechnung C (hauptsächlich Eigenmittel + Tilgungen — lineare Abschreibungen im Eigenheimbereich) nur eine Orientierungsgröße.

In Rechnung C geht es ohnehin nicht um Zahlengenauigkeit, sondern es soll deutlich werden, wie groß der Variationsspielraum bei der Gewinnableitung im Rahmen der Sozialproduktrechnung ist. Mit dem Hinweis auf Schwächen in der eigenen Abschreibungsrechnung verbindet sich die Anregung, im Statistischen Bundesamt die Anlagevermögensrechnung regelmäßig um degressive Abschreibungen zu erweitern.

3. Der Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung

Der Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung unterscheidet sich in der VGR von anderen Wirtschaftsbereichen, weil hier — abweichend von „Schwerpunktprinzip“ — der gesamte Wohnungsbestand zusammengefaßt wird und — abweichend vom „Umsatzkonzept“ — fiktive Einnahmen — d.h. Mieten für eigengenutzte Wohnungen — einbezogen werden. Durch diese Verbuchung wird der relativ kleine Kernbereich der Unternehmen, die im Schwerpunkt Wohnungen vermieten, erheblich ausgeweitet. Aus vielen Sektoren müssen Finanzierungsmittel an diesen analytischen Gesamtbereich übertragen werden, da ihm auch alle Investitionen in Wohnungen zugeordnet werden. Andererseits sind Gewinne als Entnahmen auszugliedern, soweit sie nicht im Kernbereich entstanden.

Statistisch steht man mit diesem Konzept vor einer kaum lösbaren Aufgabe. Lediglich zwischen der Entwicklung von Mieten und Anlagevermögen in Wohnungen besteht ein guter Zusammenhang. Die Einkommensrechnung aber, die sich in groben Zügen nachvollziehen läßt, ist so unplausibel, daß die Unstimmigkeiten in diesem Teilbereich die gesamte Gewinnstruktur verzerren.

Eine einfache Kontrollrechnung ist mit den Angaben im Kontensystem über die Vermögensbildung, die Vermögensübertragungen privater Haushalte und die Unternehmensgewinne im Wohnungsbereich möglich. Dabei kann vernachlässigt werden, daß die Vermögensbildung für Wohnbauten berechnet wird, also für Wohnungen einschließlich gewerblich genutzter Räume.

In der folgenden Übersicht sind die Daten des Statistischen Bundesamtes zum Vergleich um eine Finanzierungsrechnung ergänzt worden, aus der sich eine andere Gewinnverteilung ableitet:

Unternehmensgewinne aus Wohnungsvermietung
in Mrd DM

	1960	1970	1980	1990
Unternehmensgewinne	4	9	16	44
davon:				
Unverteilte Gewinne	5	0	-31	-21
abgeleitet aus:				
Vermögensbildung	8	12	3	22
— Vermögensübertragungen	3	12	34	43
Entnahmen als Rest	-1	9	47	65
<i>Zum Vergleich:</i>				
Bruttoinvestitionen	21	46	100	135
davon:				
Verschuldung (Finanzierungssaldo)	9	21	59	44
Bruttoeigenmittel als Rest	12	25	41	91
davon:				
Vermögensübertragungen (wie oben)	3	12	34	43
Übrige Eigenmittel als Rest	9	13	7	48
davon:				
Abschreibungen (Ansatz: 50)	2	7	19	34
Unverteilte Gewinne (als Rest)	7	6	-12	14
+ Entnahmen	-3	3	28	30
= Unternehmensgewinn (wie oben)	4	9	16	44

Die amtlichen Ergebnisse hätten — rückblickend — zu keiner Zeit so stehen bleiben dürfen, weil sie offensichtlich nicht konsistent sind. Die Vermögensübertragungen entsprechen — abgesehen von 1980 — etwa den Unternehmensgewinnen, sind aber zunächst kleiner und dann sehr viel größer als die Vermögensbildung. Deshalb laufen Entnahmen und unverteilte Gewinne so krass auseinander.

Definitorisch besteht der Zusammenhang:

$$\begin{aligned} \text{Nettoinvestition} &= \text{Bruttoinvestition} - \text{Abschreibung} \\ - \text{Finanzierungssaldo} &= - \text{Neuverschuldung} + \text{Tilgung} \\ \hline &= \text{Vermögensbildung} = \text{Eigenmittel} + \text{Tilgung} - \text{Abschreibung} \end{aligned}$$

Somit ist die Ableitung der Entnahmen falsch, wenn aus der Vermögensbildung (netto) und den Vermögensübertragungen brutto (ohne Abzug von Abschreibungen) unverteilte Gewinne errechnet werden. Behilft man sich bei der Eingrenzung dieses Fehlers damit, dem Eigenheimbereich die Hälfte der gesamten Abschreibungen auf Wohnungen zuzuordnen, so reduzieren sich die Vermögensübertragungen 1960 auf 1 Mrd. DM und 1990 auf 9 Mrd. DM. Damit würden aber z.B. 1960 die Entnahmen stark negativ und die nichtentnommenen Gewinne weit größer als die Unternehmensgewinne sein. Die Erklärung ist einfach: Zuteilungen von Bauspareinlagen und Tilgungen von Bauspardarlehen — die Komponenten der Vermögensübertragungen privater Haushalte — waren damals in der Aufbauphase der Bausparkassen noch recht gering. Der Anteil an den Bruttoeigenmitteln betrug nur 25 vH, stieg dann auf ein Niveau von etwa 75 vH in der zweiten Hälfte der 70er Jahre und nahm danach wieder

ab (1990 nur noch 47 vH). Als Zeitreihe für die Beurteilung der Vermögensübertragungen sind die Ergebnisse nach der Bausparkassenstatistik also völlig ungeeignet.

Auch bei den Finanzierungssalden stellt sich die Frage, wie weit es mit der Kreditstatistik gelingen kann, die Verschuldung im Wohnungsbereich zusammenzufassen. Angesichts der großen Schwankungen bei der Schuldzunahme wurde hier deshalb eine hypothetische Finanzierungsrechnung vorgenommen mit Annahmen über Eigenmittel und Tilgungen (vereinfachend in gleichbleibenden Raten) für jeden Investitionsjahrgang seit 1950. Die Rechnung mußte mit einem hohen Eigenmittelanteil beginnen, um das anfangs nach der Kreditstatistik relativ niedrige Verschuldungsniveau zu erreichen. Der Eigenmittelanteil wurde dann reduziert. Es gelang, die Modellrechnung so zu gestalten, daß im Trend die Verschuldung mit den Vorgaben nach der Bundesbankstatistik übereinstimmte.

Nach dieser Rechnung ist die Vermögensbildung z.B. im Jahr 1980, also im Jahr mit den stärksten Verzerrungen (31 Mrd. DM negative unverteilte Gewinne), erheblich höher anzusetzen. Damit sind von beiden Seiten — mehr Vermögensbildung und weniger Vermögensübertragungen — große Korrekturen vertretbar; die unverteilten Gewinne liegen dann nicht mehr im Minusbereich.

Im Sinne „passender Zahlen“ wurde in der oben dargestellten Alternativrechnung für 1981 die Vermögensbildung im Wohnungsbereich von 3 auf 9 Mrd. DM erhöht und unterstellt, daß davon zwei Drittel (6 Mrd. DM) auf Vermögensübertragungen entfallen. Entsprechend ergeben sich für die Vermögensübertragungen aller Produktionsunternehmen rund 20 Mrd. DM in der Berechnung zu Anschaffungspreisen (Variante C).

Die „richtigen Zahlen“ kennt niemand. Da aber wegen der Zusammenfassung aller Wohnungsinvestitionen im Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung Vermögensübertragungen quantifiziert werden müssen, sind „passende Zahlen“ zweifellos besser als unkontrolliert übernommene Primärdaten. Anders ausgedrückt: Die Konsistenz der Gesamtrechnung insgesamt sollte nicht mangels ausreichender Kenntnisse in einem Teilbereich verschlechtert werden.

Doch zu Revisionen in diesem Sinne hat sich das Statistische Bundesamt bisher nicht entschließen können. Es zog auch nicht die Konsequenz, mangels guter Primärdaten auf die Berechnung von Vermögensübertragungen zu verzichten. Solange aber die Vermögensbildung über die Abschreibung zu Wiederbeschaffungspreisen so stark „runtergerechnet“ wird, würde bereits dieser Verzicht zu erheblichen Verbesserungen führen.

Greift man nochmals das Jahr 1981 auf, dann stünden in der VGR am Schluß nicht -60 Mrd. DM nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, sondern nur -25 Mrd. DM. Auch mit den entsprechend gekürzten Entnahmen hätte man keine Schwierigkeiten; sie wären dann immer noch größer, als sich beim

derzeitigen Stand der VGR für die Produktionsunternehmen ohne Wohnungsvermietung ableitet.

Nebenbeigesagt wäre der Verzicht auf die Einbeziehung von Vermögensübertragungen auch mit Blick auf die Grundstückskäufe im Bereich Wohnungsvermietung konsequent. Sie lassen sich zwar nur schwer quantifizieren, müßten aber als gewichtiger Posten in die Vermögensbildung einbezogen werden. Wiederum besteht also ein systematischer Fehler, denn die Eigenmittel und Tilgungen privater Haushalte umfassen methodisch auch die Finanzierung von Grundstückskäufen.

Erwähnt wurde bereits ein anderer Verzicht: nämlich die Haupteinnahmen der Kreditinstitute — aus der Zinsspanne — nach Wirtschaftsbereichen aufzuteilen. Deshalb sollte die gesamtwirtschaftliche Einkommensrechnung konsequenter auf die Produktionsunternehmen i.e.S. ausgerichtet werden, also auf die Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungen und ohne Wohnungsvermietung. Richtungsweisend wird für diese Unternehmen im nächsten Abschnitt eine geschlossene Einkommensrechnung abgeleitet.

4. Die Gewinne der Produktionsunternehmen i.e.S.¹⁵

In der VGR des Statistischen Bundesamtes werden für die Produktionsunternehmen ohne Wohnungsvermietung unmittelbar keine Daten für die Einkommen veröffentlicht. Sie lassen sich jedoch näherungsweise in folgender Gliederung bestimmen:

Einkommen insgesamt (Nettowertschöpfung, Volkseinkommen)

davon:

Löhne und Gehälter (Arbeitnehmereinkommen)

Vermögenseinkommen

Unternehmensgewinne

davon:

Entnahmen

Transfersaldo

Vermögensbildung

Die Gliederung der Einkommen in Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, Vermögenseinkommen (Saldo aus empfangenen und geleisteten Zinsen, Dividenden u.a.) und Unternehmensgewinne (Einkommen aus Unternehmertätigkeit) wurde den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes¹⁶ in Tabelle 3.3.1 entnommen. Im ersten Teil dieser Tabelle (Gesamte Volkswirtschaft konsolidiert) ist unter der Position „Einkommen aus Unternehmertätigkeit“ nachrichtlich das „Einkommen aus Wohnungsvermietung“ angegeben. Dagegen wird die Nettowertschöpfung aus Wohnungsvermietung (Tabelle 3.1.2) nicht nach entstandenen Einkommen aus unselbständiger Arbeit und aus Unternehmertätigkeit und Vermögen aufgeteilt.

Gemessen an den gesamten Arbeitnehmereinkommen kann der Anteil, der auf den Bereich Wohnungsvermietung entfällt, zwar vernachlässigt werden. Als Merkposten wurde aber in die eigenen Berechnungen eine Zahlenreihe aufgenommen, die sich an der durchschnittlichen Lohnentwicklung je Arbeitnehmer orientiert. Damit sind in Tabelle 1 des Zahlenanhangs auch die geleisteten Vermögenseinkommen im Bereich Wohnungsvermietung nur als Orientierungswerte anzusehen.

4.1 Gewinnentwicklung und Vermögensübertragungen

Weitere Unschärfen ergeben sich bei der Gliederung der Unternehmensgewinne in Vermögensbildung, Transfersaldo und Entnahmen:

Die „Vermögensbildung“ wird in Tabelle 3.4.2 aus Nettoinvestition und Finanzierungssaldo abgeleitet und zwar für die Produktionsunternehmen einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck und für die Wohnungsvermietung einschließlich gewerblich genutzter Räume (Wohnbauten). Somit ist es mit Blick auf die Produktionsunternehmen i.e.S. vertretbar, dem Bereich Wohnungsvermietung die Vermögensbildung in Wohnbauten zuzuordnen. Gemessen an rund 300 Mrd. DM Investitionen im Jahre 1990 relativiert sich der Fehler auf 5 Mrd. DM (12 Mrd. DM Unterschied zwischen Investitionen in Wohnungen und Wohnbauten abzüglich 7 Mrd. DM Investitionen der Organisationen ohne Erwerbszweck).

Über den „Transfersaldo“ als weitere Komponente der Unternehmensgewinne informiert Tabelle 2 im Zahlenanhang. Es handelt sich um die formale Zusammenfassung der laufenden Übertragungen der Produktionsunternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (geleistete abzüglich empfangene Übertragungen in Tabelle 3.3.5) und der Vermögensübertragungen an Produktionsunternehmen (Saldo aus Tabelle 3.4.6). Mit der Zusammenfassung beider Salden zum „Transfersaldo“ fallen die Pensionsrückstellungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit aus der Rechnung raus (laufende Einnahmen = Vermögensübertragungen).

Die Vermögensübertragungen an den Bereich Wohnungsvermietung setzen sich zusammen aus Übertragungen der Versicherungsunternehmen und privaten Haushalte (Tabelle 3.3.5) sowie des Staates (Tabelle 19.1¹⁷). Von diesen Einnahmen wurden — mangels Informationen — jeweils zwei Drittel der geleisteten Vermögensübertragungen an Gemeinden als Anliegerbeiträge abgesetzt. Ferner wurde unterstellt, daß die Wohnungsunternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (in erster Linie gemeinnützige Unternehmen) keine direkten Steuern zahlen.

¹⁵ Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungen und ohne Wohnungsvermietung.

¹⁶ Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3.

¹⁷ Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe S 16.

Somit teilt sich z.B. 1990 der Transfersaldo¹⁸ von -25,5 Mrd. DM in 42,5 Mrd. DM Einnahmen im Bereich Wohnungsvermietung und 17 Mrd. DM Ausgaben der Produktionsunternehmen i.e.S. auf. Davon entfallen 2,1 Mrd. DM auf Pensionsrückstellungen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie werden hier nicht — wie in Tabelle 3.4.18 — als „Saldo der unterstellten Sozialbeiträge und der sozialen Leistungen der privaten Haushalte als Arbeitgeber“ von den gezahlten direkten Steuern u.a. abgesetzt, damit erhöhen sich in der eigenen Ableitung entsprechend die Entnahmen. Offen bleibt ein Restbetrag von 1,7 Mrd. DM Vermögensübertragungen an den Staat (4,4 Mrd. DM abzüglich 2,7 Mrd. DM, die dem Bereich Wohnungsvermietung zugerechnet wurden). Er ist entsprechend der Gewinnverteilung (nach Tabelle 3.3.1) in der Relation 1 : 4 auf Unternehmen mit eigener und ohne eigene Rechtspersönlichkeit verteilt worden.

Aus diesen Ansätzen, die quantitativ kein großes Gewicht haben, ergeben sich zugleich die „Entnahmen“: Vorgegebener Unternehmensgewinn – Vermögensbildung – Transfersaldo = Entnahmen¹⁹. Sie sind im Wohnungsbereich nicht nur in Abhängigkeit von den Vermögensübertragungen weit überhöht, sondern fügen sich auch schlecht in die Gesamtentwicklung ein. Es zeigen sich hier die gleichen Unstimmigkeiten wie bei der Verteilung der Vermögensbildung. An deren Größenordnung gemessen, sind die beschriebenen Unschärfen bei der hier vorgeführten Ableitung zu vernachlässigen.

Alle Abweichungen zu den Ausgangsdaten des Statistischen Bundesamtes sind in Tabelle 1 des Zahlenanhangs als statistische Differenz angegeben. Dabei handelt es sich zum Teil um große Beträge, sie fügen sich jedoch gut in den Systemzusammenhang ein. Dies wird noch deutlicher, wenn von den Entnahmen insgesamt (Ausgangsdaten) die Vermögensübertragungen im Eigenheimbereich abgezogen werden. Bezugsgröße für die Ableitung des Restpostens Entnahmen sind dann nicht mehr Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte, sondern Verbrauch und Finanzierungssaldo.

	Entnahmen in Mrd. DM				
	1985	1986	1987	1988	1989
Ausgangsdaten	279,7	282,9	301,1	311,7	338,6
– Vermögensübertragungen im Eigenheimbereich	40,1	41,4	44,3	44,5	42,5
= Entnahmen ohne Vermögensübertragungen im Eigenheimbereich	239,6	241,5	256,8	267,2	296,1
Wohnungsvermietung	16,3	9,8	10,2	7,1	20,2
Produktionsunternehmen	223,3	231,7	246,6	260,1	275,9
Statistische Differenz	-4,6	-14,8	-15,0	-18,2	-7,2
Vermögensbildung	+0,1	-10,5	-13,0	-18,2	-11,7
Vermögenseinkommen	-4,7	-4,3	-2,0	.	+4,5
Entnahmen korrigiert	239,6	241,5	256,8	267,2	296,1
Wohnungsvermietung	20,9	24,6	25,2	25,3	27,4
Produktionsunternehmen	218,7	216,9	231,6	241,9	268,7
+ Pensionsrückstellungen	1,7	1,6	1,8	1,7	1,7
+ Sonstige Übertragungen	1,2	1,1	1,2	1,2	1,2
= Entnahmen (Anh. Tab. 3)	221,6	219,6	234,6	244,8	271,6

Die vorgenommenen Korrekturen, die sich aus der Verschuldung herleiten, führen eindeutig zu plausibleren Ergebnissen. Das Vorgehen wäre dann zu verwerfen, wenn es sich dabei nur um eine nachträgliche Glättung der Resultate für die Produktionsunternehmen handeln würde. Doch die Ausgangssituation ist anders: Verzerrungen im Teilbereich Wohnungsvermietung sollen sich nicht auf den Hauptbereich Produktionsunternehmen übertragen.

Analog sollte die „Finanzierung von Wohnbauten“ nur nachrichtlich und mit dem Hinweis auf Schwächen in der Ableitung veröffentlicht werden²⁰.

Im Statistischen Bundesamt wird zwar mit der nachträglichen Angabe der Unternehmensgewinne aus Wohnungsvermietung „korrekt“ vorgegangen, dabei aber hingegenommen, daß sich im Teilbereich Wohnungsvermietung in den 60er Jahren überhöhte und dann stark negative nichtentnommene Gewinne errechnen. Deshalb wird hier versucht, diesen statistisch schwach fundierten Teilbereich möglichst konsistent auszugliedern. Die folgende Tabelle zeigt in einer Gesamtübersicht, wie sich in der Alternativrechnung völlig andere nichtentnommene Gewinne der Produktionsunternehmen i.e.S. ableiten lassen:

Nichtentnommene Gewinne der Produktionsunternehmen i.e.S. in Mrd. DM				
	1960	1970	1980	1990
<i>Ausgangsdaten</i>				
Unternehmen mit eigener Rechtspers.	3	-1	9	41
Unternehmen ohne eigene Rechtspers.	22	18	-39	-5
Produktionsunternehmen insges.	25	17	-30	36
<i>Alternativrechnung</i>				
Ausgangsdaten Wohnungsvermietung	5	-1	-30	-20
Statistische Differenz	-	-2	+7	-10
Ansatz Wohnungsvermietung	5	-3	-23	-30
Übrige nichtentnommene Gewinne	20	20	-7	66
+ Vermögensübertragungen (Saldo)	1	4	8	9
+ Bewertungsdifferenz	-3	4	43	27
= Ansatz Produktionsunternehmen i.e.S.	18	28	44	102

Nach den amtlichen Ausgangsdaten, die sich völlig unplausibel auf Unternehmen mit eigener und ohne eigene Rechtspersönlichkeit verteilen, nahmen die nichtentnommenen Gewinne in 30 Jahren lediglich um rund die Hälfte zu; in gleicher Zeit haben sich die Arbeitnehmerinnen fast versiebenfacht. In der Alternativrechnung wird deutlich, daß dieser Gewinnverfall rechnerisch vor allem im Bereich Wohnungsvermietung entsteht. Für die Produktionsunternehmen i.e.S. ergibt sich — in definitivisch unveränderter Abgrenzung — eine Verdreifachung der nichtentnommenen Gewinne und fast eine Vervielfachung (von 21 auf 75 Mrd. DM), wenn die Vermögensübertragungen einbezogen werden. Doch gemessen an

¹⁸ Vgl. Tabelle 2 (Zahlenanhang).

¹⁹ Vgl. Tabelle 1 (Zahlenanhang).

²⁰ Vgl. hierzu: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Tabellenteil 3.4.2.

den Arbeitnehmereinkommen bleibt die Gewinnzunahme immer noch schwach. Deshalb sollte sich das Statistische Bundesamt vom Konzept der „realen Werterhaltung“ lösen²¹.

4.2 Gewinnentwicklung und Abschreibungen

Lineare Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen sind gegenüber den Ergebnissen zu Anschaffungspreisen um so höher, je länger die Investitionen genutzt werden und je stärker die Preise steigen. Degressive Abschreibungen sind höher als lineare, aber der Degressionseffekt wird mit der Länge der Abschreibungsdauer immer kleiner. Deshalb können bei den gewerblichen Bauten die tatsächlich vorgenommenen — und auch steuerlich relevanten — Abschreibungen in aller Regel nicht annähernd die Beträge in der Sozialproduktrechnung erreichen.

Nach den Ableitungen im Statistischen Bundesamt betragen 1990 die Abschreibungen der Produktionsunternehmen auf Bauten rund 34 Mrd. DM zu Anschaffungspreisen und 55 Mrd. DM zu Wiederbeschaffungspreisen. Nach den eigenen Berechnungen mit degressivem Ansatz liegt das Ergebnis bei 45 Mrd. DM. Es ergibt sich also eine erhebliche positive Bewertungsdifferenz von 10 Mrd. DM bei den Gewinnen. In den 60er Jahren dagegen war die Differenz negativ. Vermutlich geht dies darauf zurück, daß 1950 die Altbestände an Investitionen mit Realwerten in die Abschreibungsrechnung aufgenommen wurden.

Erheblich andere Bewertungsdifferenzen errechnen sich bei den Ausrüstungsinvestitionen. Hier zeigt sich, daß bei kürzerer Lebensdauer der Anlagen der „Vorzieheffekt“ der degressiven Abschreibung dem „Preiseffekt“ der Abschreibung zu Wiederbeschaffungspreisen nahe kommen kann. In den 60er Jahren ist die Bewertungsdifferenz — bezogen auf die Gewinne — mit reichlich 3 Mrd. DM negativ (Bewertungsproblem bei Altbeständen). Von Interesse ist vor allem, daß in der ersten Hälfte der 70er Jahre und dann wieder 1989/90 die Ergebnisse beider Rechnungen fast übereinstimmen. In der langen Zeitspanne dazwischen spiegeln die Bewertungsdifferenzen die Phasen mit starken bzw. schwachen Preissteigerungen. So ging z.B. die Differenz in kurzer Zeit von 10 Mrd. DM (1985) auf 1 Mrd. DM (1989) zurück, weil sich bei den Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen ungewöhnlich niedrige Preissteigerungsraten von nur 1 vH jährlich auswirkten.

4.3 Gewinnentwicklung und Scheingewinne

Am stärksten jedoch ist der Einfluß der „Scheingewinnbereinigung“ auf die Gewinnentwicklung. Die Vorratsbestände betragen z.B. Ende 1973 rund 230 Mrd. DM und Ende 1974 rund 260 Mrd. DM. Die Zunahme um 30 Mrd. DM war zum größten Teil (26 Mrd. DM) preisbereinigt. Nun kann

man entweder argumentieren, der Überhang aus der Produktion 1973 (oder früher) wurde zu niedrig bewertet und entsprechend sind nachträglich Aufwertungen um 26 Mrd. DM vorzunehmen. Oder man kann produktionsorientiert für 1974 sagen, daß auf dem erreichten Preisniveau die Vorratsveränderung lediglich 4 Mrd. DM betrug und 26 Mrd. DM als Scheingewinne abzusetzen sind. In die Alternativrechnung wurden die Scheingewinne als „Überhang“ jeweils im Jahr davor einbezogen.

Nur in wenigen Jahren (1974/75 und 1980/82) sind die Ergebnisse so krass, wie oben beschrieben. Da aber im Trend die Preise steigen, werden über die Scheingewinnbereinigung systematisch Umsatzerlöse ausgegliedert. In der betrieblichen Buchhaltung sind derartige Kürzungen ebensowenig zulässig wie Abschreibungen, die den Anschaffungswert der Investitionen übersteigen.

4.4 Zu den Ergebnissen der Alternativrechnung²²

Leider konnten die eigenen Berechnungen nur global vorgenommen werden, d.h. nicht getrennt für Unternehmen mit eigener und ohne eigene Rechtspersönlichkeit, obwohl auch hier — angesichts der unplausiblen Ausgangsdaten — eine systematische Analyse dringend erforderlich wäre. Somit stehen sich in der Alternativrechnung Ergebnisse in unterschiedlicher Abgrenzung gegenüber: Entnahmen brutto, direkte Steuern u.a. der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und gesamte nichtentnommene Gewinne (netto).

Formal vergleichbare Ergebnisse leiten sich ab, wenn die zugerechneten Abgaben der privaten Haushalte — direkte Steuern auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und Sozialbeiträge der Selbständigen²³ sowie die vorgenommenen Ergänzungen (siehe Tabelle 2 im Zahlenanhang) — auf die Entnahmen bezogen werden. Die Bemessungsgrundlage für die Besteuerung ist dann zwar zu klein, aber die rechnerischen Abgabenquoten liegen in den 80er Jahren bei den Entnahmen dennoch nur bei ungefähr 20 vH. Für die unverteilten Gewinne ergeben sich Abgabenquoten — Relation Gesamtgewinne zu Abgaben der Körperschaften — die um einen rechnerischen Durchschnitt von etwa 40 vH stark schwanken.

Im Trend zeigt sich also eine ähnliche Entwicklung von Gewinnen und Abgaben — und damit in der Tendenz eine Übereinstimmung zwischen zwei Zeitreihen, die unabhängig voneinander abgeleitet wurden. Bei den Entnahmen besteht dieser Zusammenhang auch, allerdings mit der Einschränkung, daß in der ersten Hälfte der 80er Jahre das Aufkommen an direkten Steuern stark rückläufig ist und deshalb die Abgabenquote sank.

²¹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Textteil 2.4.2.2.

²² Vgl. Tabelle 3 (Zahlenanhang).

²³ Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Tabelle 3.4.18.

Der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit an den Gesamteinkommen der Produktionsunternehmen ist von 1960 bis Mitte der 70er Jahre kräftig — von 55 auf 65 vH — gestiegen, netto ist er aber ungefähr gleich geblieben. In diese Zeit fiel die starke Zunahme der Abgaben aus dem Arbeitnehmereinkommen (Lohnsteuer und Sozialbeiträge). Danach wirkten sich in erster Linie konjunkturelle Einflüsse aus. Die Lohnquote nahm Anfang der 80er Jahre rezessionsbedingt zu und fiel im Aufschwung während der zweiten Hälfte des Jahrzehnts von 66 vH (1985) auf 63 vH (1990).

Für die Zinskosten (per Saldo geleistete Vermögenseinkommen) ergibt sich in der Alternativrechnung im Trend ein Anstieg von etwa 5 auf 7 vH der Gesamteinkommen. In der Aufschwungsphase der 80er Jahre ist die Quote jedoch auf 9 vH (1982) gestiegen und dann wieder auf 7 vH (1987 bis 1990) gesunken. In groben Zügen zeigt sich eine gegenläufige Entwicklung von Zinsen und nichtentnommenen Gewinnen, die mit der zunächst steigenden und dann wieder fallenden Fremdfinanzierungsquote der Produktionsunternehmen im Einklang steht.

Es zeigt sich also von verschiedenen Seiten, daß die „ergänzende Analyse“ der Unternehmensgewinne in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu konsistenteren Ergebnissen führt. Vieles fügt sich besser zusammen, wenn man sich von ungeeigneten definitorischen Bindungen löst. Offen bleibt, wie weit es hier gelungen ist, die „Bewertungsdifferenzen“ zutreffend zu quantifizieren. Anders zu beurteilen sind die „statistischen Differenzen“, die auf Unstimmigkeiten im Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung hinweisen.

Produktionsunternehmen (ohne Wohnungsvermietung) Alternativrechnung* in Mrd. DM				
	1960	1970	1980	1990
Einkommen insgesamt	205	452	950	1 519
davon:				
Löhne und Gehälter	113	277	632	961
Vermögenseinkommen	10	30	69	112
Unternehmensgewinne	82	145	249	446
davon:				
Entnahmen	55	104	180	306
Direkte Steuern u. a.	12	23	47	54
Nettoeinkommen	43	81	133	252
Unverteilte Gewinne	27	41	69	140
Direkte Steuern u. a.	9	13	25	38
Nichtentnommene Gewinne	18	28	44	102
Einkommensstruktur in vH				
Löhne und Gehälter	55,3	61,5	66,6	63,3
Vermögenseinkommen	4,7	6,5	7,2	7,3
Unternehmensgewinne	40,0	32,0	26,2	29,4
Entnahmen	27,1	22,9	18,9	20,2
Direkte Steuern u. a.	6,1	5,1	5,0	3,6
Nettoeinkommen	11,0	17,8	13,9	16,6
Unverteilte Gewinne	13,2	9,1	7,3	9,2
Direkte Steuern u. a.	4,4	2,9	2,7	2,5
Nichtentnommene Gewinne	8,5	6,2	4,6	6,7

* Vgl. hierzu auch Tabelle 3 (Zahlenanhang).

Statistischer Indikator für Verzerrungen sind — insgesamt gesehen — die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die sich jeweils als Restposten ableiten und inzwischen (1991/92) wiederum -60 Mrd. DM betragen.

Nicht veröffentlicht wird, wie sich die Vermögensbildung nach der Rechtsreform der Produktionsunternehmen verteilt. An dieser Stelle verweigert das Statistische Bundesamt sozusagen die Aussage: Die Vermögensübertragungen werden nur global angegeben, obwohl sich die — aufgeteilte — Ersparnis aus der Vermögensbildung ableitet. Damit bleibt die Gesamtrechnung auch an dieser Stelle ohne Informationsgehalt. Die Alternativrechnung greift — wie gesagt — diesen Schwachpunkt nicht auf.

Im Ansatz geht es aber um die gleiche Frage: Sollen Ergebnisse für Teilbereiche so eingebracht werden, wie sie rechnerisch „herauskommen“, oder sollen sie möglichst konsistent „eingepaßt“ werden. Eigentlich bedarf es keiner Antwort, denn „Ziel der Darstellung ist ein möglichst umfassendes, übersichtliches, hinreichend gegliedertes, quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens“²⁴. In diesem Sinne wurde versucht, die Konturen des Bildes deutlicher zu zeichnen.

Anmerkungen zu den Tabellen

Die Berechnungen in Tabelle 1 basieren auf den Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes in der Gliederung: Gesamteinkommen (Nettowertschöpfung) = Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Arbeitnehmereinkommen) + Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Vermögenseinkommen + Unternehmensgewinne).

Die Unternehmensgewinne teilen sich institutionell auf in:

Gewinne der Produktionsunternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit

= direkte Steuern u. a. + unverteilte Gewinne (netto)

Gewinne der Produktionsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

= Entnahmen brutto + nichtentnommene Gewinne (netto).

Die unverteilten und nichtentnommenen Gewinne sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögensübertragungen ergeben die Vermögensbildung der Unternehmen.

Aus diesem Gleichungssystem leitet sich die in Tabelle 1 verwendete Gliederung ab:

Entnahmen (brutto)

+ Transfersaldo aus direkten Steuern der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und Saldo Vermögensübertragungen

+ Vermögensbildung

= Unternehmensgewinne.

²⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3, Textteil 2.1.1.

**Nettowertschöpfung der Produktionsunternehmen (ohne Wohnungsvermietung)
Ausgangsdaten und Alternativrechnung
Ergebnisse 1981 in Mrd. DM**

	Ausgangsdaten	Statistische Differenz	Bewert. Differenz	Buchungsdifferenz	Alternat. Rechnung	Gesamtdifferenz
Einkommen insgesamt	912,6		36,0	19,8	968,4	55,8
davon:						
Arbeitnehmereinkommen	659,2				659,2	
Vermögenseinkommen	81,0	0,7			81,7	0,7
Unternehmensgewinne	172,4	-0,7	36,0	19,8	227,5	55,1
davon:						
Entnahmen	177,4	4,4		3,1	184,9	7,5
Direkte Steuern u. a.	15,8			8,4	24,2	8,4
Nichtentnommene Gewinne	-20,8	-5,1	36,0	8,3	18,4	39,2
+ Vermögensübertragungen	8,3			-8,3	-	-8,3
= Vermögensbildung	-12,5	-5,1	36,0		18,4	30,9

Diese Gliederung wurde gewählt, weil sich der Transfersaldo und die Vermögensbildung in relativ engen Fehlergrenzen auf Wohnungsvermietung und Produktionsunternehmen i.e.S. aufteilen lassen. Da die Unternehmensgewinne für beide Bereiche veröffentlicht werden, ergeben sich die Entnahmen in beiden Bereichen jeweils als Restposten.

Im Bereich Wohnungsvermietung steigen die Entnahmen zunächst wesentlich rascher als die Unternehmensgewinne; seit Mitte der 70er Jahre sind sie überwiegend doppelt so groß wie die Unternehmensgewinne. Darüber hinaus verläuft die Entwicklung sehr unstet. Deshalb wurde mit Hilfe analytischer Ansätze versucht, Vermögensbildung und Vermögenseinkommen im Bereich Wohnungsvermietung konsistent abzuleiten, ohne im Trend von den Ausgangsdaten abzuweichen. Diese modifizierten Ergebnisse sind in Tabelle 1 übernommen worden. Nachrichtlich informieren die „statistischen Differenzen“ über die Abweichungen gegenüber den Ausgangsdaten.

Positive Differenzen bei der Vermögensbildung bringen zum Ausdruck, daß die Ausgangswerte im Bereich Wohnungsvermietung um diese Beträge verringert und für die Produktionsunternehmen i.e.S. entsprechend erhöht wurden (und umgekehrt). Doch ist zu beachten, daß Korrekturen bei den Vermögenseinkommen in ihrer Auswirkung auf die Unternehmensgewinne kenntlich gemacht wurden. Eine Erhöhung der Zinsausgaben im Wohnungsbereich führt bei den Produktionsunternehmen i.e.S. — über geringere Zinsausgaben — zu größeren Unternehmensgewinnen, also zu positiven statistischen Differenzen. Ferner ist in Tabelle 1 angegeben, wie die Korrekturen die Aufteilung der Entnahmen verändert haben.

Tabelle 2 sind alle Komponenten des „Transfersaldos“ in Tabelle 1 zu entnehmen. Abgeleitet werden die direkten

Steuern u.a. der Produktionsunternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie der privaten Haushalte in Tabelle 3. Sie ergeben sich aus:

Ausgangsdaten des Statistischen Bundesamtes

- + Pensionsrückstellungen
- + geleistete Vermögensübertragungen an den Staat.

Die Pensionsrückstellungen werden — wie in der Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank — unmittelbar in die Vermögensbildung der privaten Haushalte einbezogen. Damit entfällt die Buchung der Pensionsrückstellungen als Einnahmen der Unternehmen aus unterstellten Sozialbeiträgen. Mit der Addition Ausgangsdaten + Pensionsrückstellungen werden also nicht die geleisteten Übertragungen erhöht, sondern die Pensionsrückstellungen ausgegliedert.

Die geleisteten Vermögensübertragungen der Produktionsunternehmen an den Staat konnten nur mit Hilfe globaler Ansätze aufgeteilt werden. Von den Zahlungen z.B. im Jahr 1981 (5 Mrd. DM) entfallen 3 Mrd. DM auf den Bereich Wohnungsvermietung (Position „Wohnungsvermietung an den Staat“ in Tabelle 2) und 2 Mrd. DM auf die Produktionsunternehmen i.e.S. Die Aufteilung auf Unternehmen mit eigener und ohne eigene Rechtspersönlichkeit ist in der Position „Ergänzung“ im oberen Teil der Tabelle (0,4 Mrd. DM) und der Position „private Haushalte“ im unteren Teil der Tabelle (1,6 Mrd. DM) angegeben.

Die staatlichen Vermögensübertragungen an die Produktionsunternehmen i.e.S. (Minusposition „Produktionsunternehmen an den Staat“ in Tabelle 2) werden in der Alternativrechnung wie die Subventionen mit den indirekten Steuern saldiert und sind deshalb rechnerisch als Plusposition zu übertragen, die in Tabelle 3 die Gesamt-

einkommen und die Unternehmensgewinne gegenüber den Ausgangsdaten erhöht.

Die „Bewertungsdifferenzen“ in Tabelle 3 bringen richtungsweisend zum Ausdruck, wie sich Gesamteinkommen und Unternehmensgewinne ändern, wenn die Vorratsveränderungen nicht um Scheingewinne vermindert und die Anlageinvestitionen nicht linear zu Wiederbeschaffungspreisen, sondern degressiv zu Anschaffungspreisen abgeschrieben werden.

Zusammenfassend ist also bei der Interpretation der Tabellen zu unterscheiden zwischen:

- Statistischen Differenzen
- Bewertungsdifferenzen und
- Formalen Buchungsdifferenzen.

Die jeweilige Gesamtdifferenz — bezogen auf die „amtlichen“ nichtentnommenen Gewinne der Produktionsunternehmen ohne Wohnungsvermietung — ist in Tabelle 3 angegeben. Sie betrug z.B. 1981 rund 39 Mrd. DM.

Zahlenanhang

Nettowertschöpfung der Produktionsunternehmen¹⁾
Ausgangsdaten und statistische Differenz
in Mrd. DM

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Einkommen insgesamt ²⁾	213,6	231,5	250,6	263,1	289,6	316,3	332,9	330,9	364,3	401,7	460,7	502,4	547,4	608,4	642,6	660,8
Wohnungsvermietung ohne Wohnungsverm.	7,2 206,4	8,1 223,4	8,4 242,2	9,3 253,8	10,6 279,0	11,9 304,4	13,8 319,1	16,2 314,7	18,5 345,8	20,8 380,9	21,0 439,7	23,4 479,0	26,7 520,7	31,2 577,2	34,5 608,1	40,5 620,3
davon:																
Arbeitnehmereinkommen	114,2	129,0	143,5	152,9	167,5	185,0	197,4	193,3	208,1	234,0	279,1	311,3	342,6	386,8	421,0	432,5
Wohnungsvermietung ohne Wohnungsverm.	0,6 113,6	0,7 128,3	0,7 142,8	0,8 152,1	0,8 166,7	0,9 184,1	1,0 196,4	1,0 192,3	1,1 207,0	1,2 232,8	1,4 277,7	1,5 309,8	1,7 340,9	1,8 385,0	2,0 419,0	2,2 430,3
Vermögenseinkommen	12,3	13,9	15,1	16,9	18,5	21,5	24,7	25,3	27,3	32,0	40,3	44,6	48,0	57,9	67,8	68,8
Wohnungsvermietung ohne Wohnungsverm.	2,6 9,7	3,0 10,9	3,4 11,7	3,9 13,0	4,4 14,1	5,1 16,4	6,0 18,7	6,5 18,8	7,5 19,8	9,0 23,0	10,8 29,5	11,9 32,7	13,1 34,9	16,3 41,6	19,5 48,3	20,5 48,3
Unternehmensgewinne	87,1	88,6	92,0	93,3	103,6	109,8	110,8	112,3	128,9	135,7	141,3	146,5	156,8	163,7	153,8	159,5
Wohnungsvermietung ohne Wohnungsverm.	4,0 83,1	4,4 84,2	4,3 87,7	4,6 88,7	5,4 98,2	5,9 103,9	6,8 104,0	8,7 103,6	9,9 119,0	10,6 125,1	8,8 132,5	10,0 136,5	11,9 144,9	13,1 150,6	13,0 140,8	17,8 141,7
Statistische Differenz	-0,3	-0,5	-0,9	-0,9	-0,5	-0,7	-0,9	-1,5	-1,0	-0,5	0,6	-0,2	-0,4	-0,3		0,7
davon:																
Entnahmen	54,0	59,6	62,8	68,3	74,3	81,0	83,7	84,3	96,4	108,4	113,7	124,4	140,5	149,1	152,9	165,5
Wohnungsvermietung ohne Wohnungsverm.	-0,9 54,9	0,0 59,6	0,6 62,2	1,2 67,1	2,0 72,3	2,1 78,9	3,8 79,9	7,1 77,2	9,3 87,1	11,1 97,3	11,2 102,5	13,7 110,7	17,3 129,2	20,4 128,7	26,1 126,8	32,1 133,4
Statistische Differenz		0,3	1,3	0,7	-0,5	-0,4	-2,3	-4,7	-4,8	-0,9	-2,1	-6,2	-3,1	0,5	-8,6	-4,6
Transfersaldo ³⁾	4,8	2,9	1,7	2,8	2,3	1,5	0,3	-1,9	-1,6	-1,9	-5,4	-9,5	-13,2	-11,7	-16,3	-18,8
Wohnungsvermietung ohne Wohnungsverm.	-2,8 7,6	-3,7 6,6	-4,5 6,2	-4,9 7,7	-5,8 8,1	-6,4 7,9	-7,1 7,4	-8,6 6,7	-9,6 8,0	-10,4 8,5	-11,9 6,5	-14,2 4,7	-17,2 4,0	-18,9 7,2	-21,8 5,5	-22,0 3,2
Vermögensbildung	28,3	26,1	27,5	22,2	27,0	27,3	26,8	29,9	34,1	29,2	33,0	31,6	29,5	26,3	17,2	12,8
Wohnungsvermietung ohne Wohnungsverm.	7,7 20,6	8,1 18,0	8,2 19,3	8,3 13,9	9,2 17,8	9,8 17,5	10,1 16,7	10,2 19,7	10,2 23,9	9,9 19,3	9,5 23,5	10,5 21,1	11,8 17,7	11,6 14,7	8,7 8,5	7,7 5,1
Statistische Differenz	-0,3	-1,3	-1,0	-1,0	-0,3	1,4	3,2	3,8	0,4	2,1	6,0	2,7	2,7	-0,8	8,6	5,3

1) Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungen. — 2) Nettowertschöpfung, Volkseinkommen. — 3) Aufgliederung, siehe Tabelle 2.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen.

Nettowertschöpfung der Produktionsunternehmen¹⁾
Ausgangsdaten und statistische Differenz
in Mrd. DM

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Einkommen insgesamt ²⁾	660,8	728,8	776,0	832,9	897,4	938,4	967,9	998,3	1 051,3	1 108,8	1 159,6	1 237,7	1 277,5	1 354,2	1 433,6	1 570,7
Wohnungsvermietung ohne Wohnungsverm.	40,5 620,3	43,4 685,4	45,2 730,8	47,4 785,5	48,0 849,4	51,4 887,0	55,3 912,6	62,5 935,8	70,3 981,0	75,4 1 033,4	80,5 1 079,1	86,2 1 151,5	89,0 1 188,5	93,5 1 260,7	99,6 1 334,0	102,8 1 467,9
davon:																
Arbeitnehmereinkommen	432,5	469,3	504,6	538,5	584,1	635,6	662,3	680,4	690,3	718,0	744,4	781,3	812,2	846,7	888,7	965,1
Wohnungsvermietung ohne wohnungsverm.	2,2 430,3	2,4 466,9	2,6 502,0	2,7 535,8	2,8 581,3	3,0 632,6	3,1 659,2	3,3 677,1	3,4 686,9	3,5 714,5	3,6 740,8	3,8 777,5	3,9 808,3	4,0 842,7	4,2 884,5	4,4 960,7
Vermögenseinkommen	68,8	67,4	74,1	74,7	85,6	100,7	119,2	135,1	127,4	132,0	139,3	138,8	133,8	142,4	150,0	178,1
Wohnungsvermietung ohne Wohnungsverm.	20,5 48,3	20,6 46,8	23,1 51,0	23,9 50,8	27,7 57,9	32,1 68,6	37,5 81,7	42,7 92,4	41,2 86,2	43,8 88,2	46,8 92,5	47,5 91,3	49,5 84,3	51,6 90,8	55,3 94,7	66,3 111,8
Unternehmensgewinne	159,5	192,1	197,3	219,7	227,7	202,1	186,4	182,8	233,6	258,8	275,9	317,6	331,5	365,1	394,9	427,5
Wohnungsvermietung ohne Wohnungsverm.	17,8 141,7	20,4 171,7	19,5 177,8	20,8 198,9	17,5 210,2	16,3 185,8	14,7 171,7	16,5 166,3	25,7 207,9	28,1 230,7	30,1 245,8	34,9 282,7	35,6 295,9	37,9 327,2	40,1 354,8	32,1 395,4
Statistische Differenz	0,7	0,4	2,0	1,8	2,3		-0,7		-4,6	-5,9	-4,7	-4,3	-2,0		4,5	12,1
davon:																
Entnahmen	165,5	182,2	192,0	200,1	212,4	216,3	222,6	216,8	237,0	266,3	279,7	282,9	301,1	311,7	338,6	365,1
Wohnungsvermietung ohne Wohnungsverm.	32,1 133,4	37,0 145,2	38,2 153,8	41,4 158,7	39,5 172,9	39,5 176,8	40,8 181,8	43,1 173,7	52,4 184,6	56,8 209,5	61,0 218,7	66,0 216,9	69,5 231,6	69,8 241,9	69,9 268,7	62,3 302,8
Statistische Differenz	-4,6	-4,2	1,8	9,9	14,1	7,1	4,4	-1,9	2,8	-2,5	-4,6	-14,8	-15,0	-18,2	-7,2	2,2
Transfersaldo ³⁾	-18,8	-21,4	-20,4	-21,2	-21,6	-24,8	-27,2	-29,0	-28,7	-30,1	-25,7	-25,7	-32,4	-28,4	-20,2	-25,5
Wohnungsvermietung ohne Wohnungsverm.	-22,0 3,2	-24,8 3,4	-27,5 7,1	-29,7 8,5	-31,8 10,2	-32,9 8,1	-34,7 7,5	-34,7 5,7	-36,4 7,7	-39,2 9,1	-39,9 14,2	-40,5 14,8	-43,5 11,1	-42,5 14,1	-41,5 21,3	-42,5 17,0
Vermögensbildung	12,8	31,3	25,7	40,8	36,9	10,6	-9,0	-5,0	25,3	22,6	21,9	60,4	62,8	81,8	76,5	87,9
Wohnungsvermietung ohne Wohnungsverm.	7,7 5,1	8,2 23,1	8,8 16,9	9,1 31,7	9,8 27,1	9,7 0,9	8,6 -17,6	8,1 -13,1	9,7 15,6	10,5 12,1	9,0 12,9	9,4 51,0	9,6 53,2	10,6 71,2	11,7 64,8	12,3 75,6
Statistische Differenz	5,3	4,6	0,2	-8,1	-11,8	-7,1	-5,1	1,9	-7,4	-3,4	-0,1	10,5	13,0	18,2	11,7	9,9

1) Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungen. — 2) Nettowertschöpfung, Volkseinkommen. — 3) Aufgliederung, siehe Tabelle 2.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen.

Aufgliederung des Transfersaldos¹⁾

in Mrd. DM

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Saldo laufend	8,2	8,7	9,2	9,1	10,0	9,2	8,7	8,9	10,0	13,0	10,1	9,5	8,9	12,3	10,4	8,9
+ Pensionsrückstellungen	0,6	1,0	1,2	1,1	0,8	1,6	1,7	0,9	1,1	1,0	2,8	2,3	2,9	3,4	5,0	4,4
= Geleistete Übertragungen	8,8	9,7	10,4	10,2	10,8	10,8	10,4	9,8	11,1	14,0	12,9	11,8	11,8	15,7	15,4	13,3
+ Ergänzungen	0,2	0,1	0,2	0,1	0,3	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,2
= Direkte Steuern u.a. der Unternehmen m.e.R.	9,0	9,8	10,6	10,3	11,1	11,1	10,6	10,0	11,4	14,3	13,3	12,1	12,1	16,0	15,8	13,5
Saldo Vermögensübertragungen	-3,4	-5,8	-7,5	-6,3	-7,7	-7,7	-8,4	-10,8	-11,6	-14,9	-15,5	-19,0	-22,1	-24,0	-26,7	-27,7
Transfersaldo insgesamt ¹⁾	4,8	2,9	1,7	2,8	2,3	1,5	0,3	-1,9	-1,6	-1,9	-5,4	-9,5	-13,2	-11,7	-16,3	-18,8
davon:																
Pensionsrückstellungen	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,5	0,5	0,6	0,7	1,0	1,0
Wohnungsvermietung	-2,8	-3,7	-4,5	-4,9	-5,8	-6,4	-7,1	-8,6	-9,6	-10,4	-11,9	-14,2	-17,2	-18,9	-21,8	-22,0
von Versicherungsunternehmen vom Staat	-0,1	-0,2	-0,2	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4	-0,5	-0,4	-0,6	-0,6	-0,8	-0,9	-1,1	-0,9	-0,6
von priv. Haushalten	-0,3	-0,4	-0,6	-0,5	-0,6	-0,5	-0,5	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,9	-1,1	-0,9
an den Staat	-2,7	-3,4	-4,1	-4,6	-5,5	-6,2	-6,9	-8,5	-9,7	-10,4	-12,0	-14,4	-17,4	-18,6	-21,8	-22,6
Produktionsunternehmen i.e.S. ²⁾	0,3	0,3	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,9	1,0	1,3	1,5	1,7	2,0	2,1
vom Staat	7,5	6,4	6,0	7,5	8,0	7,6	7,1	6,5	7,8	8,3	6,0	4,2	3,4	6,5	4,5	2,2
an den Staat	-2,0	-3,8	-5,1	-3,3	-3,6	-3,9	-3,9	-3,9	-4,0	-6,4	-7,8	-8,5	-9,4	-10,3	-12,2	-12,4
Unternehmen m.e.R. Private Haushalte	9,5	10,2	11,1	10,8	11,6	11,5	11,0	10,4	11,8	14,7	13,8	12,7	12,8	16,8	16,7	14,6
+ Direkte Steuern	9,0	9,8	10,6	10,3	11,1	11,1	10,6	10,0	11,4	14,3	13,3	12,1	12,1	16,0	15,8	13,5
+ Sozialbeiträge	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	1,1
= Private Haushalte insg.	11,1	13,2	14,8	15,9	16,8	17,4	18,7	18,7	19,4	20,5	20,9	23,2	26,0	31,9	33,3	31,6
	0,9	1,0	1,0	1,0	1,1	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,7	1,8	2,3	3,0	3,4	4,0
	12,5	14,6	16,3	17,4	18,4	18,9	20,3	20,4	21,2	22,4	23,1	25,6	29,0	35,7	37,6	36,7

1) Vgl. Tabelle 1. — 2) Unternehmen ohne Kreditinstitute, Versicherungen und Wohnungsvermietung.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen.

Aufgliederung des Transfersaldos¹⁾
in Mrd. DM

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Saldo laufend	8,9	11,6	17,1	16,8	18,5	15,4	15,8	15,7	15,8	18,9	25,3	25,6	21,5	24,4	32,6	26,2
+ Pensionsrückstellungen	4,4	5,7	4,8	6,5	8,3	9,8	8,0	7,6	9,0	10,7	9,0	8,5	9,4	8,9	8,6	11,3
= Geleistete Übertragungen	13,3	17,3	21,9	23,3	26,8	25,2	23,8	23,3	24,8	29,6	34,3	34,1	30,9	33,3	41,2	37,5
+ Ergänzungen	0,2	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3
= direkte Steuer u.a. der Unternehmen m.e.R.	13,5	17,6	22,2	23,5	27,1	25,5	24,2	23,6	25,2	29,9	34,6	34,4	31,1	33,6	41,5	37,8
Saldo Vermögensübertragungen	-27,7	-33,0	-37,5	-38,0	-40,1	-40,2	-43,0	-44,7	-44,5	-49,0	-51,0	-51,3	-53,9	-52,8	-52,8	-51,7
Transfersaldo insgesamt ¹⁾	-18,8	-21,4	-20,4	-21,2	-21,6	-24,8	-27,2	-29,0	-28,7	-30,1	-25,7	-25,7	-32,4	-28,4	-20,2	-25,5
davon:																
Pensionsrückstellungen	1,0	1,1	0,9	1,2	1,5	1,8	1,5	1,5	1,7	1,9	1,7	1,6	1,8	1,7	1,7	2,1
Wohnungsvermietung	-22,0	-24,8	-27,5	-29,7	-31,8	-32,9	-34,7	-34,7	-36,4	-39,2	-39,9	-40,5	-43,5	-42,5	-41,5	-42,5
von Versicherungsunternehmen vom Staat	-0,6	-0,6	-0,8	-0,4	-0,4	-0,4	-0,6	-0,6	-0,7	-0,8	-1,0	-0,2	-0,3	1,0	0,0	-0,2
von priv. Haushalten	-0,9	-1,3	-1,1	-0,8	-1,3	-1,4	-1,4	-1,4	-1,5	-1,4	-1,3	-1,3	-1,3	-1,6	-1,6	-1,7
an den Staat	-22,6	-25,1	-27,8	-30,8	-32,7	-34,0	-35,7	-35,8	-37,2	-39,6	-40,1	-41,4	-44,3	-44,5	-42,5	-43,3
	2,1	2,2	2,2	2,3	2,6	2,9	3,0	3,1	3,0	2,6	2,5	2,4	2,4	2,6	2,6	2,7
Produktionsunternehmen i.e.S. ²⁾	2,2	2,3	6,2	7,3	8,7	6,3	6,0	4,2	6,0	7,2	12,5	13,2	9,3	12,4	19,6	14,9
vom Staat	-12,4	-16,5	-17,1	-17,3	-19,6	-20,5	-19,8	-20,8	-20,6	-24,0	-23,3	-22,3	-23,0	-22,4	-23,1	-24,2
an den Staat	14,6	18,8	23,3	24,6	28,3	26,8	25,8	25,0	26,6	31,2	35,8	35,5	32,3	34,8	42,7	39,1
Unternehmen m.e.R. Private Haushalte	13,5	17,6	22,2	23,5	27,1	25,5	24,2	23,6	25,2	29,9	34,6	34,4	31,1	33,6	41,5	37,8
	1,1	1,2	1,1	1,1	1,2	1,3	1,6	1,4	1,4	1,3	1,2	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3
+ Direkte Steuern	31,6	36,9	41,3	42,0	41,4	41,1	37,4	35,2	33,8	33,6	35,0	36,5	37,5	39,7	46,9	45,2
+ Sozialbeiträge	4,0	4,0	4,4	4,5	4,8	4,9	5,1	5,4	5,6	5,8	6,1	6,4	6,8	7,1	7,1	7,9
= Private Haushalte insg.	36,7	42,1	46,8	47,6	47,4	47,3	44,1	42,0	40,8	40,7	42,3	44,0	45,5	48,0	55,2	54,4

1) Vgl. Tabelle 1. — 2) Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungen, und ohne Wohnungsvermietung.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen.

Nettowertschöpfung der Produktionsunternehmen¹⁾ (ohne Wohnungsvermietung)

Alternativrechnung

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
	in Mrd. DM															
Ausgangsdaten ²⁾	206,4	223,4	242,2	253,8	279,0	304,4	319,1	314,7	345,8	380,9	439,7	479,0	520,7	577,2	608,1	620,3
+ Vermögensübertragungen	2,0	3,8	5,1	3,3	3,6	3,9	3,9	3,9	4,0	6,4	7,8	8,5	9,4	10,3	12,2	12,4
+ Bewertungsdifferenz	-3,1	-5,5	-2,0	0,2	-3,2	-5,2	-7,7	-7,3	-1,6	3,2	4,4	8,7	8,7	27,4	24,0	18,7
Vorratsveränderung	0,9	-1,5	2,0	4,4	1,1	-1,2	-3,8	-3,3	2,5	6,7	5,8	8,6	8,5	26,1	18,3	9,6
Abschreib. Ausrüstungen	-3,4	-3,5	-3,5	-3,7	-3,5	-3,4	-3,3	-3,2	-3,0	-2,2	-1,1	-0,5	-1,0	-0,2	3,3	7,1
Abschreib. Bauten	-0,6	-0,5	-0,5	-0,5	-0,8	-0,6	-0,6	-0,8	-1,1	-1,3	-0,3	0,6	1,2	1,5	2,4	2,0
Einkommen insgesamt	205,3	221,7	245,3	257,3	279,4	303,1	315,3	311,3	348,2	390,5	451,9	496,2	538,8	614,9	644,3	651,4
davon:																
Arbeitnehmereinkommen	113,6	128,3	142,8	152,1	166,7	184,1	196,4	192,3	207,0	232,8	277,7	309,8	340,9	385,0	419,0	430,3
Vermögenseinkommen	9,7	10,9	11,7	13,0	14,1	16,4	18,7	18,8	19,8	23,0	29,5	32,7	34,9	41,6	48,3	48,3
Unternehmensgewinne	82,0	82,5	90,8	92,2	98,6	102,6	100,2	100,2	121,4	134,7	144,7	153,7	163,0	188,3	177,0	172,8
davon:																
Entnahmen	55,5	60,2	62,9	67,8	72,9	79,2	80,6	77,8	87,7	97,9	103,5	111,8	124,5	130,2	128,7	135,5
Direkte Steuern u.a.	12,5	14,6	16,3	17,4	18,4	18,9	20,3	20,4	21,2	22,4	23,1	25,6	29,0	35,7	37,6	36,7
Nettoeinkommen	43,0	45,6	46,6	50,4	54,5	60,3	60,3	57,4	66,5	75,5	80,4	86,2	95,5	94,5	91,1	98,8
Unverteilte Gewinne	26,5	22,3	27,9	24,4	25,7	23,4	19,6	22,4	33,7	36,8	41,2	41,9	38,5	58,1	48,3	37,3
Direkte Steuern u.a.	9,0	9,8	10,6	10,3	11,1	11,1	10,6	10,0	11,4	14,3	13,3	12,1	12,1	16,0	15,8	13,5
Nichtentnommene Gewinne	17,5	12,5	17,3	14,1	14,6	12,3	9,0	12,4	22,3	22,5	27,9	29,8	26,4	42,1	32,5	23,8
Ausgangsdaten	20,1	16,2	17,6	13,5	15,9	16,5	14,0	14,3	18,1	14,4	17,8	10,3	10,1	10,4	-4,9	-5,9
Differenz	-2,6	-3,7	-0,3	0,6	-1,3	-4,2	-5,0	-1,9	4,2	8,1	10,1	19,5	16,3	31,7	37,4	29,7
	Einkommensstruktur in vH															
Arbeitnehmereinkommen	55,3	57,9	58,2	59,1	59,7	60,7	62,3	61,8	59,4	59,6	61,5	62,4	63,3	62,6	65,0	66,1
Vermögenseinkommen	4,7	4,9	4,8	5,1	5,0	5,4	5,9	6,0	5,7	5,9	6,5	6,6	6,5	6,8	7,5	7,4
Unternehmensgewinne	40,0	37,2	37,0	35,8	35,3	33,9	31,8	32,2	34,9	34,5	32,0	31,0	30,2	30,6	27,5	26,5
Entnahmen	27,1	27,2	25,6	26,3	26,1	26,2	25,6	25,0	25,2	25,1	22,9	22,5	23,1	21,2	20,0	20,8
Direkte Steuern u.a.	6,1	6,6	6,6	6,7	6,6	6,2	6,5	6,6	6,0	5,8	5,1	5,2	5,4	5,8	5,9	5,6
Nettoeinkommen	21,0	20,6	19,0	19,6	19,5	20,0	19,1	18,4	19,2	19,3	17,8	17,4	17,7	15,4	14,1	15,2
Unverteilte Gewinne	12,9	10,0	11,4	9,5	9,2	7,7	6,2	7,2	9,7	9,4	9,1	8,5	7,1	9,4	7,5	5,7
Direkte Steuern u.a.	4,4	4,4	4,3	4,0	4,0	3,6	3,3	3,2	3,3	3,6	2,9	2,5	2,2	2,6	2,5	2,1
Nichtentnommene Gewinne	8,5	5,6	7,1	5,5	5,2	4,1	2,9	4,0	6,4	5,8	6,2	6,0	4,9	6,8	5,0	3,6

¹⁾ Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungen. — ²⁾ Nettowertschöpfung, Volkseinkommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen.

Nettowertschöpfung der Produktionsunternehmen¹⁾ (ohne Wohnungsvermietung)

Alternativrechnung

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
	in Mrd. DM															
Ausgangsdaten ²⁾	620,3	685,4	730,8	785,5	849,4	887,0	912,6	935,8	981,0	1 033,4	1 079,1	1 151,5	1 188,5	1 260,7	1 334,0	1 467,9
+ Vermögenübertragungen	12,4	16,5	17,1	17,3	19,6	20,5	19,8	20,8	20,6	24,0	23,3	22,3	23,0	22,4	23,1	24,2
+ Bewertungsdifferenz	18,7	15,1	16,1	24,0	31,8	42,6	36,0	26,0	24,2	20,5	14,2	13,9	18,8	16,2	25,9	26,5
Vorratsveränderung	9,6	4,8	5,9	14,6	20,6	29,2	20,3	8,2	6,3	2,0	-3,2	-1,0	7,2	6,8	16,9	19,0
Abschreib. Ausrüstungen	7,1	7,8	7,4	6,7	5,7	5,9	7,4	9,7	10,2	10,4	9,9	7,5	4,3	2,0	0,8	-2,6
Abschreib. Bauten	2,0	2,5	2,8	3,6	5,5	7,5	8,3	8,1	7,7	8,1	7,5	7,4	7,3	7,4	8,2	10,1
Einkommen insgesamt	651,4	717,0	764,0	827,7	900,8	950,1	968,4	982,6	1 025,8	1 077,9	1 116,6	1 187,7	1 230,3	1 299,3	1 383,0	1 518,6
davon:																
Arbeitnehmereinkommen	430,3	466,9	502,0	535,8	581,3	632,6	659,2	677,1	686,9	714,5	740,8	777,5	808,3	842,7	884,5	960,7
Vermögenseinkommen	48,3	46,8	51,0	50,8	57,9	68,6	81,7	92,4	86,2	88,2	92,5	91,3	84,3	90,8	94,7	111,8
Unternehmensgewinne	172,8	203,3	211,0	241,1	261,6	248,9	227,5	213,1	252,7	275,2	283,3	318,9	337,7	365,8	403,8	446,1
davon																
Entnahmen	135,5	147,5	155,8	161,0	175,6	179,9	184,9	176,6	187,7	212,7	221,6	219,6	234,6	244,8	271,6	306,2
Direkte Steuern u.a.	36,7	42,1	46,8	47,6	47,4	47,3	44,1	42,0	40,8	40,7	41,3	44,0	45,5	48,0	55,2	54,4
Nettoeinkommen	98,8	105,4	109,0	113,4	128,2	132,6	140,8	134,6	146,9	172,0	180,3	175,6	189,1	196,8	216,4	251,8
Unverteilte Gewinne	37,3	55,8	55,2	80,1	86,0	69,0	42,6	36,5	65,0	62,5	61,7	99,3	103,1	121,0	132,2	139,9
Direkte Steuern u.a.	13,5	17,6	22,2	23,5	27,1	25,5	24,2	23,6	25,2	29,9	34,6	34,4	31,1	33,6	41,5	37,8
Nichtentnommene Gewinne	23,8	38,2	33,0	56,6	58,9	43,5	18,4	12,9	39,8	32,6	27,1	64,9	72,0	87,4	90,7	102,1
Ausgangsdaten	-5,9	10,3	6,7	31,5	30,6	0,8	-20,9	-25,0	14,8	5,7	1,9	29,7	29,8	42,7	41,7	56,5
Differenz	29,7	27,9	26,3	25,1	28,3	42,7	39,3	37,9	25,0	26,9	25,2	35,2	42,2	44,7	49,0	45,6
	Einkommensstruktur in vH															
Arbeitnehmereinkommen	66,1	65,1	65,7	64,7	64,5	66,6	68,1	68,9	67,0	66,3	66,3	65,5	65,7	64,9	64,0	63,3
Vermögenseinkommen	7,4	6,5	6,7	6,2	6,4	7,2	8,4	9,4	8,4	8,2	8,3	7,7	6,9	7,0	6,8	7,3
Unternehmensgewinne	26,5	28,4	27,6	29,1	29,0	26,2	23,5	21,7	24,6	25,5	25,4	26,8	27,4	28,1	29,2	29,4
Entnahmen	20,8	20,6	20,4	19,4	19,5	18,9	19,1	18,0	18,3	19,7	19,9	18,5	19,0	18,8	19,6	20,2
Direkte Steuern u.a.	5,6	5,9	6,1	5,7	5,3	5,0	4,6	4,3	4,0	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6
Nettoeinkommen	15,2	14,7	14,3	13,7	14,2	13,9	14,5	13,7	14,3	16,0	16,2	14,8	15,3	15,1	15,6	16,6
Unverteilte Gewinne	5,7	7,8	7,2	9,7	9,5	7,3	4,4	3,7	6,3	5,8	5,5	8,3	8,4	9,3	9,6	9,2
Direkte Steuern u.a.	2,1	2,5	2,9	2,9	3,0	2,7	2,5	2,4	2,4	2,8	3,1	2,9	2,5	2,6	3,0	2,5
Nichtentnommene Gewinne	3,6	5,3	4,3	6,8	6,5	4,6	1,9	1,3	3,9	3,0	2,4	5,4	5,9	6,7	6,6	6,7

¹⁾ Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungen. — ²⁾ Nettowertschöpfung, Volkseinkommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt Fachserie 18 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen.